

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Kriegsgefallene übergeben

(spk) Nord-Korea hat am Dienstag die Gebeine von 33 im Koreakrieg (1950 bis 1953) gefallenen Soldaten an die UNO übergeben. Es war die dritte derartige Übergabe seit Ende November im Waffenstillstandsort Panmunjom. Die flachen Holzsärgen mit den Gebeinen vermutlich amerikanischer Soldaten wurden dem UNO-Kommando in Süd-Korea von Angehörigen der nord-koreanischen Volksarmee überreicht. Nach Ansicht westlicher Diplomaten in Seoul versucht Nord-Korea, sein gespanntes Verhältnis zu den USA zu verbessern.

### Tote im Gaza-Streifen

Israelische Sicherheitskräfte haben am Dienstag früh im Gaza-Streifen einen Palästinenser erschossen, der eine Autobombe anbringen wollte. Ein zweiter Palästinenser wurde nach Angaben aus Militärkreisen verletzt. Bereits am Vorabend töteten israelische Soldaten zwei Palästinenser im Schobura-Flüchtlingslager im südlichen Gaza-Streifen. Die beiden gehörten bewaffneten Einheiten der islamisch-fundamentalistischen Dschihad (Heiliger Krieg) und der «Roten Adler» an.

### 500-Kilo-Bombe entschärft

Nach einem Bombenalarm in der Innenstadt von Belfast mussten am Dienstag morgen Hunderte von Menschen ihre Häuser verlassen. Auch ein Marktgebiet wurde evakuiert als die 500 Kilogramm schwere Bombe entschärft wurde. Nach Angabe der Polizei erlitt eine Frau in der Aufregung eine Herzattacke und starb wenig später. Die Sicherheitskräfte glauben, dass der hinter einer Plakatwand versteckte Sprengkörper detonieren sollte, während eine Patrouille die Stelle passierte.

### Al Gore in Moskau

Der amerikanische Vizepräsident Al Gore ist am Dienstag zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in Moskau eingetroffen. Wie Itar-Tass meldete, wurde er am Flughafen vom russischen Regierungschef Viktor Tschernomyrdin begrüsst.



US-Vizepräsident Al Gore (links) wurde gestern vom russischen Regierungschef Viktor Tschernomyrdin begrüsst.

Die beiden Politiker leiten eine bilaterale Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Tschernomyrdin hatte Ende August die USA besucht. Gore trifft am Mittwoch mit Präsident Boris Jelzin zusammen.

## Finanzdienstleistungsunternehmen wehren sich gegen Steuererhöhung

Gefahr für den Offshore-Finanzplatz Liechtenstein wird geltend gemacht – Regierung will Gesellschaftssteuern um 20 Prozent anheben

(G. M.) – Die von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein beabsichtigte Erhöhung der Mindeststeuer für Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften, die zum Ausgleich des Budgets 1994 vorgenommen werden soll, hat die Finanzdienstleistungsunternehmen alarmiert. Der Verband der Finanzdienstleistungsunternehmen Liechtensteins (VFL) warnt die Regierung in einem Schreiben, bei der Budgetsanierung den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, weist auf die Gefahr hin, dass mit der Anhebung der Mindeststeuer die Konkurrenzfähigkeit des Offshore-Finanzplatzes Liechtenstein verloren gehen könnte.

Das Budget 1994, das vom Landtag am 20./21. Dezember in Behandlung gezogen wird, konnte nur mit Hilfe der Steuererhöhungen bei der Motorfahrzeugsteuer und bei der besonderen Gesellschaftssteuer für Sitz- und Holdinggesellschaften ausgeglichen gehalten werden. Mit der Anhebung des Mindestsatzes von 1000 auf 1200 Franken pro Jahr für Gesellschaften erhofft sich die Regierung Mehreinnahmen von 14 Millionen Franken. Gesamthaft werden Erträge aus dieser Steuergruppe von 89 Millionen Franken für das kommende Jahr erwartet.

### Keine Erhöhung seit 1975 mehr

Zur Begründung der Steuererhöhung weist die Regierung in der Vorlage an den Landtag darauf hin, dass die Anpassung der Mindeststeuer seit 1975 unterblieben sei, «weil dem Land aus anderen Quellen hinreichende Mittel für die Finanzierung der übertragenen Aufgaben zuflossen und damit keine zwingende Notwendigkeit bestand, die teuerungsbedingten Ausgabenerhöhungen auch bei den Steuersätzen auf der Einnahmenseite nachzuvollziehen.» Der Erhöhung des Steuersatzes um 20 Prozent steht nach Angaben der Regierung seit der letzten Anpassung eine Teuerungsrate von 86 Prozent gegenüber. Dieses Argument findet die liechtensteinische Rechtsanwaltskammer nicht stichhaltig. Massstab ist für die Rechtsanwaltskammer «einzig und allein die Konkurrenzsituation zu jenen Ländern, die – wie Liechtenstein – das Offshore-Geschäft betreiben.»

### Liechtenstein nicht mehr konkurrenzfähig

Die Vereinigung der Rechtsanwälte vertritt die Auffassung, dass «Liechtenstein nicht mehr konkurrenzfähig» sein werde, wenn die Steuererhöhung über die Bühne gehe und überdies die Mehr-

wertsteuer mit der Belastung der Dienstleistungen zur Einführung komme. Die Konkurrenzsituation verschärft sich nach Auffassung der Rechtsanwaltskammer, weil einerseits eine Reihe von neuen inner- und aussereuropäischen Offshore-Plätzen ihre Produkte auf dem Markt anbieten würden, andererseits aber auch, weil die steuerlichen und sonstigen Rahmenbedingungen in den anderen Offshore-Zentren weitaus attraktiver seien als in Liechtenstein.

Der Verein der Treuhänder befürchtet von der Steuererhöhung, im Hinblick auf die zu erwartende Mehrwertsteuer, gar «irreparablen Schaden», da die Konkurrenz flexiblere Instrumente anbiete. Im Gegensatz zu Liechtenstein, gibt der Verein der Treuhänder der Regierung in einem Schreiben zu verstehen, würden sämtliche konkurrierenden Offshore-Länder mit positiven, wirtschaftsfördernden Nachrichten an die potentielle Kundschaft aufwarten, wie etwa die Institutionierung neuer Gesellschaftsformen oder der Senkung von Steuern und Gebühren.

### Einseitige Abhängigkeit der Staatsfinanzen

Die Regierung vertritt in ihrem Antrag jedoch die Ansicht, dass die Be-

fürchtung unbegründet sei, dass mit der Anhebung der Mindeststeuer eine Abwanderung der Domizilgesellschaften in andere Niedersteuere Länder stattfinden und der Neuzug von Gesellschaften eine Beeinträchtigung erleide, «da für die Wahl des Domizils von Kapitalgesellschaften andere als rein fiskalische Überlegungen massgebend sind». Der Verband der Finanzdienstleistungsunternehmen Liechtensteins (VFL) unterstreicht in einer Eingabe an die Regierung, dass es bei der Verteidigung des Offshore-Platzes Liechtenstein längst nicht mehr um die Interessenvertretung einer einzelnen Branche gehe, sondern um gesamtwirtschaftliche Interessen sowie um die Finanzen von Staat und Gemeinden. Mit der ins Auge gefassten neuen Steuerbelastung des Gesellschaftswesens, hält der VFL weiter fest, vergrößere die Regierung die «ohnehin schon extreme, einseitige Abhängigkeit der Staatsfinanzen vom Finanzdienstleistungsbereich». Auf diesen Sektor entfallen nach VFL-Angaben bereits heute schon über die Hälfte des Steuer- und Abgabenertrages der öffentlichen Hand. Eine Studie, die von der Regierung in Auftrag gegeben, aber noch nicht veröffentlicht worden sei, würde diese Angaben bestätigen.

## Noch drei Tage bis zur Saisonöffnung im Malbun

Am kommenden Samstag nehmen die Skilifte ihren Betrieb auf – Neue Vierer-Sesselbahn



Rechtzeitig zur Eröffnung der Wintersaison 1993/94 präsentiert sich das Malbuntal (unser Bild) im winterlichen Kleid. Die Skilisten befinden sich in gutem Zustand, so dass am kommenden Samstag, 18. Dezember 1993, alle Skilifte ihren Betrieb aufnehmen können. Auch die Hotels sind zum Empfang ihrer Gäste gerüstet. Höhepunkt des diesjährigen Saisonauftaktes an diesem Wochenende ist die Einweihung und offizielle Eröffnung der neuen und supermodernen Vierer-Sesselbahn auf das Saraiserjoch (Bild: Beat Schurte)

## Anzeichen auf Konjunkturerholung

Auslandaufträge als Stütze der Industrie im dritten Quartal

Bern (AP) Die Anzeichen für eine langsame Konjunkturerholung im dritten Quartal dieses Jahres werden auch durch die Industrie-Statistik bestätigt. Nach Angaben des Bundesamts für Statistik (BFS) vom Dienstag legte die Industrieproduktion erstmals seit einem Jahr wieder leicht zu. Trotz hohem Frankenkurs stiegen die Auslandsaufträge im Berichtsquartal deutlich an.

Die Industrieproduktion erhöhte sich im Vorjahresvergleich um zwei Prozent, nachdem sie in den vorangegangenen drei Quartalen rückläufig gewesen war. Die chemische Industrie konnte laut BFS ihre starke Stellung behaupten und zeigte weiterhin keinerlei Rezessionserscheinungen. Eine hohe Produktionszunahme meldete auch die Uhrenindustrie, und zwar vor allem im Billiguhrensektor. Steigende Produktionszahlen verzeichneten ferner die Leder-, Kautschuk-/Kunststoffindustrie sowie die Papierindustrie. In allen anderen Industriezweigen blieb die Produktion auch im dritten Quartal rückläufig.

Beim Auftragsgang verzeichnete die Industrie im Berichtsquartal eine Zunahme des Volumens um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bestellungen des Auslands schnellten um zehn Prozent in die Höhe, während die Aufträge aus dem Inland nochmals um zwei Prozent zurückgingen. Besserungszeichen wies dabei auch der bedeutendste Industriezweig, die Maschinen- und Metallindustrie, auf. Gleiches gilt für die Industrie der Steine und Erden. Höhere Auftragsgänge meldeten weiter die Bekleidungsindustrie und die Holzindustrie. Weniger Aufträge erhielten die Textilindustrie, die Papierindustrie, die graphische Industrie, die Uhrenindustrie sowie die Leder-/Kautschuk-/Kunststoffindustrie.

Der starke Anstieg der Auslandsaufträge stellt laut BFS der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten im Ausland ein gutes Zeugnis aus, fiel die Zunahme doch mit der anhaltenden Rezession in Europa und einem hohen Frankenkurs zusammen.

## Heute: Wahl der Regierung

Vereidigung des Regierungschefs durch Fürst Hans-Adam II.

(G. M.) – Heute vormittag tritt der neugewählte Landtag zur Wahl der Regierung zusammen und schlägt die fünf Mitglieder der Kollegialregierung Fürst Hans-Adam II. zur Ernennung vor. Am Nachmittag wird Regierungschef Dr. Mario Frick auf Schloss Vaduz vom Landesfürsten vereidigt, anschliessend legen die übrigen Regierungsglieder den Eid vor dem Regierungschef ab.

Die neue Regierung setzt sich wiederum aus Vertretern der beiden traditionellen Parteien FDP und VU zusammen. Eine Vereinbarung über die gemeinsame Regierungsbildung wurde von den Parteitagern beider Parteien am Montagabend gebilligt. Die Übereinkunft legt die Grundzüge der Regierungsbildung fest, doch mit Ausnahme der Aussenpolitik wurden keine Absprachen inhaltlicher oder programmatischer Art getroffen. Für den Bereich der Aussenpolitik enthält die

neue Vereinbarung, die sich im wesentlichen an frühere Koalitionsvereinbarungen anlehnt, einen Zusatz, der folgenden Wortlaut hat: «Der von der FDP gestellte Regierungschef-Stellvertreter wird in die aussenpolitischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen.»

Die fünf Mitglieder der neuen Regierung sind bekannt, sie wurden an den Parteitagen nominiert oder bestätigt. Neuer Regierungschef wird der 28jährige Jurist Dr. Mario Frick (VU), zum Regierungschef-Stellvertreter wird Thomas Büchel (FDP) gewählt, der bisher in der Industrie tätig war. Eine nebenamtliche Tätigkeit in der fünfköpfigen Kollegialregierung werden Dr. Cornelia Gassner (FDP), Dr. Andrea Willi (VU) und Dr. Michael Ritter (VU) ausüben.

Mehr über die neue Regierung auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Orientteppiche  
Werner Hilbe  
Gufer 100 · 9497 Triesenberg

Sinnvolle Weihnachts-Geschenke